

## KOMMUNAL-Kolumne

*Wie viele Bahnübersetzungen sind zumutbar?*

## **Zählen Sie einmal, wer im Ort welche Bahnübergänge braucht**

Die Bahnübergänge-Diskussion der vergangenen fünf Wochen, losgetreten vom Verkehrsministerium, schlägt noch immer Wellen in unserem glücklichen Land. Glücklicherweise, weil wir offenbar keine anderen Sorgen haben, als die Menschen im Land immer weiter zu entmündigen. Das nächste wird ja sein, jede Warn- und Tafel zu polstern oder jede Gehsteigkante knallgelb anzumalen, denn es könnte ja ein „Hans - ...“ oder auch eine „Grete-guck-in-die-Luft“ auf die Nase fallen. Zahlen und darum kümmern sollen sich die Gemeinden, die haben ja sowieso nichts Besseres zu tun.

Aber zurück zu den Bahnübersetzungen. In einer ruhigen Minute haben wir uns hingekümmert und durchgezählt, wie viele Bahnübersetzungen es denn in einer durchschnittlichen Gemeinde geben mag – das gilt natürlich nur für Gemeinden, die an einer Bahnstrecke liegen.

Nun kommt der Autor aus einer durchschnittlichen Landgemeinde im südlichen niederösterreichischen Voralpenland. Die Gemeinde liegt am Beginn eines Tals und ist daher eher schmal (rund 700 Meter) und lang (so um die zweieinhalb Kilometer). Und obwohl ich schon fast 20 Jahre nicht mehr dort wohne, fallen mir auf Anhieb neun Bahnübergänge ein. Mit Schranken gesichert sind mir lediglich zwei in Erinnerung, weitere zwei sind mit Andreaskreuzen und Lichtsignalen gesichert, vier weitere (praktisch schon im freien Feld) sowie eine nur für Fußgeher mit Andreaskreuzen. Nicht gerechnet die eigentliche Bahnstrecke durch den Ort, die natürlich ungesichert ist und über die – der Autor bildete als Schüler keine Ausnahme – eilige Gemeindeglieder und innen jederzeit einen Abschnneider nehmen. Der Kernpunkt ist jetzt, dass die

Gemeinde lediglich fünf Bahnübergänge braucht, wohingegen vier fast nur dazu da sind, damit die Bauern (es gibt sie noch in unserem schönen Ort) ihre beiderseits der Bahnstrecke gelegenen Felder bearbeiten können. Die zirka 800 Meter zurück in den Ort zur nächsten regulären und sicheren Bahnübersetzung sowie der Weg auf der anderen Seite zurück sind offenbar nicht zumutbar.

Die Gemeinden müssten nach allem, was bekannt ist, diese Übergänge natürlich auch sichern. Und damit sind wir erstens bei den kolportierten rund drei Milliarden Euro – die derzeit wirklich niemand hat – und zweitens bei der Frage, an welchen Bahnübergängen die Öffentlichkeit eigentlich wirklich Interesse hat. Denn streng genommen müsste die Gemeinde ja nur bei jenen Bahnübergängen aktiv werden, die „im öffentlichen Interesse“ liegen (die Frage dieser Finanzierbarkeit lassen wir fürs erste einmal beiseite).

Aller Voraussicht nach sind aber bei dieser Causa nur drei Dinge völlig sicher.

Erstens: Weder Bund noch Länder werden – über vor allem in Vorwahlzeiten übliche reflexartigen Versicherungen und haltlosen Versprechungen hinaus – aktiv.

Zweitens: Bevor die Bauern – oder auch die Jäger am direktesten Weg in den Wald – auch nur einen Cent mitzahlen, gibt's einen Aufstand, und drittens: Die Gemeinden werden weiter mit dem Dilemma überbleiben und ihre Vertreter sich als geldgeile Sesselkleber beschimpfen lassen müssen.

heb

Ihre Meinung erwünscht an [leserbriefe@kommunal.at](mailto:leserbriefe@kommunal.at)